

Junglenker erhalten Infos statt Predigt

Nidwalden Ein neuer Führerschein geht oft mit erhöhtem Unfallrisiko einher. Die Kantonspolizei und die Stiftung Roadcross appellieren an die Eigenverantwortung von Stanser Berufsschülern und nutzen dafür auch drastische Beispiele.

Franziska Herger
franziska.herger@nidwaldnerzeitung.ch

Es ist nicht ganz einfach, eine Aula voller 17- bis 20-jähriger Berufsschüler zur Ruhe zu bringen. Aber Martin Bänz schafft es ohne weiteres, obwohl er nur auf Video mit den Jugendlichen spricht. «Ich dachte immer, ich habe mein Auto voll im Griff», erzählt der junge Mann in einem kurzen Film, den die Stiftung Roadcross Schweiz diese Woche im Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) in Stans zeigt. «Aber dann habe ich bei einem viel zu schnellen Überholmanöver innert einer Sekunde mein Leben weggeworfen. Meine Beine sind 26 Mal gebrochen, ich werde nie wieder snowboarden oder Fussball spielen. Wenn ich noch jemand anderen verletzt hätte, damit könnte ich nicht umgehen.» Im Saal herrscht betroffene Stille.

Unerfahrenheit und Alkohol, Drogen, Ablenkung

Es ist ein drastisches Beispiel, mit dem Roadcross an über 400 Veranstaltungen jährlich Unfälle bei Junglenkern verhindern will. Doch für Josef Stalder, Verkehrsinstruktor bei der Kantonspolizei Nidwalden, sind solche Fälle keine Seltenheit: «Ähnliches passiert in der Schweiz jede Woche, vor allem nachts am Wochenende.» Dass gerade bei Jugendlichen mit der Prävention angesetzt wird, hat seinen Grund: «Junglenker haben statistisch ein deutlich höheres Risiko, einen



Totalschaden am 16. März 2016 bei der Verzweigung Breiten in Stans. Die Unfalllenkerin war damals 27-jährig.

Bild: Kapo Nidwalden

schweren Unfall zu verursachen», sagt Stefan Krähenbühl, Leiter Marketing und Kommunikation bei der Stiftung Roadcross. Junge Fahrer seien naturgemäss unerfahrener, erklärt Moderator Tobias Brunner. «Kombiniert mit Risikofaktoren wie Ablenkung, Alkohol, Drogen oder überhöhter

Geschwindigkeit kommt es zu mehr Unfällen.»

Mit dem erhobenen Zeigefinger wird trotzdem nicht argumentiert. Stattdessen appelliert Roadcross an die Eigenverantwortung. Unter dem Motto «Du entscheidest» will die Stiftung die nötigen Informationen lie-

fern, damit Junglenkern der richtige Entscheid im Strassenverkehr leichter fällt. So etwa zum Thema Ablenkung: «63 von 239 Verkehrsunfällen in Nidwalden geschahen 2016 wegen mangelnder Aufmerksamkeit», sagt Stalder. Und Brunner fragt in die Runde: «Was glaubt ihr, wie weit

fährt euer Auto bei 50 km/h, wenn eure Reaktionszeit um eine Sekunde verzögert ist?» 4 Meter, schätzt einer der Berufsschüler – die Antwort ist 14. Und auch zur Geschwindigkeit hat Brunner ein anschauliches Beispiel: «Ein Aufprall mit 80 km/h ist etwa so, wie wenn man aus dem neunten

Stock eines Hochhauses auf Beton fällt.» Was so ein Unfall für Folgen haben kann, zeigt die Geschichte des 23-jährigen Sandro, der einen Auffahrunfall verursachte. Die Versicherung nahm Regress, Sandro zahlte 273 000 Franken über Jahre hinweg ab. «Nein, da gibt es keine Obergrenze», sagt Brunner auf eine Frage aus dem Publikum. «Und dazu kommt das Trauma, jemanden verletzt zu haben. Nur schon zum Schutz der eigenen Psyche ist es besser, kein Risiko einzugehen.»

Immer weniger Tote wegen jungen Fahrern

Nach zweieinhalb Stunden dürfte jeder Schüler etwas gehört haben, das er nicht so schnell vergessen wird. «Vor allem das Video und die Unfallbilder sind mir geblieben», sagt die 17-jährige Jenny Harmath. Die gleichaltrige Sarina Reinhard fügt an: «Man sieht einfach, dass manche Entscheidungen Folgen haben, die nicht mehr gut werden.» Polizist Stalder hat in seiner 17-jährigen Tätigkeit als Verkehrsinstruktor durchaus Verhaltensänderungen bei den Junglenkern festgestellt. «Der Führerschein auf Probe hat das Bewusstsein gestärkt, dass man nach der Fahrprüfung noch nicht «ausgelernt» ist.» Das zeigt sich auch in der Statistik. Während in der Schweiz 1980 noch 280 Menschen durch Unfälle starben, die von jungen Erwachsenen verursacht wurden, waren es 2015 nur noch 35.

Kanton will komplett papierlose Steuererklärungen

Obwalden Viel Papierkram, Unterschriften auf wichtigen Dokumenten – das alles soll bei der Steuererklärung künftig wegfallen. Die Regierung will bereits 2018 ein neues System einführen, bei dem alles nur noch übers Internet läuft.

Adrian Venetz
adrian.venetz@obwaldnerzeitung.ch

Obwalden geht neue Wege. Als schweizweit erster Kanton will er aufs kommende Jahr hin die komplett elektronische Steuererklärung einführen. Die Steuerpflichtigen können damit ihre Steuererklärung im Internet ausfüllen und der Steuerverwaltung auch sämtliche Unterlagen elektronisch zukommen lassen. Statt einer Unterschrift braucht es einen Code. Dies erfordert eine Gesetzesanpassung, die gestern im Kantonsrat behandelt wurde.

Nicht zu verwechseln ist die neue Lösung mit der bereits heute bestehenden und weitverbreiteten Möglichkeit, die Steuererklärung am Computer auszufüllen und die Unterlagen der Steuerverwaltung elektronisch zu übermitteln. Heute muss der Steuerpflichtige dafür ein Programm (OW-Tax) auf dem Computer installieren, zudem braucht es noch immer ein von Hand unterschriebenes Formular. Die neue Lösung ist komplett webbasiert. Das heisst: Die Steuer-



Steuererklärung auf Papier: bald ein Auslaufmodell in Obwalden.

Bild: Boris Bürgisser

erklärung kann via Browser von jedem Computer aus erledigt werden – das geht sogar mit einem Smartphone oder Tablet. Eine App auf dem Smartphone soll es sogar ermöglichen, übers Jahr hindurch wichtige Dokumente zu fotografieren bzw. zu scannen und sie im eigenen Steuerdossier abzulegen.

Unerwartet günstiges Angebot einer Firma

Weshalb diese Pionierrolle? Ursprünglich wollte man die Steuerverwaltung mit einem sogenannten Scan-Center entlasten (Kostenpunkt: 900 000 Franken). Die eingereichten Steuererklärungen werden dabei gescannt, von einer Software analysiert und elektronisch abgelegt. Von einer komplett elektronischen Steuererklärung sah damals die Regierung ab, weil eine solche moderne Lösung zu teuer wäre. Im Mai 2017 hat nun aber eine Softwarefirma dem Kanton ein sehr günstiges Angebot gemacht für eine webbasierte E-Tax-Lösung. Diese Gelegenheit will Obwalden beim Schopf packen und als Pionier-

kanton das neue System einführen – deshalb auch der sehr sportliche Fahrplan mit der Einführung aufs neue Jahr hin. Fast eine halbe Million Franken günstiger als ein Scan-Center ist die Beschaffung der neuen Softwarelösung, hält die Regierung in der Botschaft fest. Und künftig spart man jährlich Kosten. Die Regierung schätzt, dass bis 2023 drei Vollzeitstellen bei der Steuerverwaltung gestrichen werden können. In einigen Jahren soll der Steuerpflichtige nur noch ein kurzes Schreiben der Steuerverwaltung erhalten mit dem Hinweis, dass es wieder Zeit ist für die Steuererklärung. Danach folgt alles papierlos im Internet.

Vorerst keine Gebühr für «Altmodische»

Um die Steuerverwaltung tatsächlich zu entlasten und Kosten zu sparen, ist es aber wichtig, dass möglichst viele Steuerpflichtige auf den modernen Zug aufspringen und die neue Möglichkeit nutzen. Doch wie erreicht man das? Diese Frage gab gestern im Parlament am meis-

ten zu diskutieren. Grund: Die Regierung hatte vorgeschlagen, dass Bürger, die ihre Steuererklärung nach einer Übergangsfrist von drei Jahren noch immer «altmodisch» ausfüllen – also von Hand oder mit dem Programm OW-Tax – eine Gebühr von 50 Franken bezahlen müssen, weil dies der Steuerverwaltung Mehrarbeit beschert. Das Parlament folgte jedoch einem Änderungsantrag der vorberatenden Kommission. Diese will auf die Festlegung einer solchen «Strafgebühr» verzichten – zumindest vorerst. Wichtig sei es nun, mit verschiedenen Marketingmassnahmen die Steuerpflichtigen von den Vorteilen der neuen Lösung zu überzeugen. Nach zwei bis drei Jahren soll die Situation neu beurteilt werden. Dann könne die Regierung immer noch entscheiden, ob ein Bonus-Malus-System notwendig ist, wie Kommissionspräsidentin Lucia Omlin (CVP, Sachseln) sagte.

Dieser Vorschlag wurde fraktionsübergreifend unterstützt. Eva Morger (SP, Sachseln) gab etwa zu bedenken, dass einige

Steuerpflichtige vielleicht gar nicht in der Lage sind, die Internetlösung zu benutzen. Und Daniel Wyler (SVP, Engelberg) wies darauf hin, dass der Steuerpflichtige gewisse Unterlagen – etwa den Lohnausweis und andere Belege – immer noch in Papierform erhalte. Wähle der Steuerpflichtige den komplett elektronischen Weg, müsse er diese Dokumente selbst einscannen, was ebenfalls mit einem gewissen Aufwand verbunden sei. Zu solchen Fragen müsse man sich Gedanken machen, bevor man Bearbeitungsgebühren für in Papierform eingereichte Steuererklärungen verlange, sagte Wyler.

Die Regierung finde ihr vorgeschlagenes Malus-System nach der Übergangsfrist von drei Jahren angemessen, sagte Volkswirtschaftsdirektor Niklaus Bleiker als Stellvertreter der krankheitshalber abwesenden Finanzdirektorin Maya Büchi. Der Regierungsrat könne aber auch mit dem Vorschlag der Kommission leben und werde dagegen nicht opponieren. Die Schlussabstimmung folgt in zweiter Lesung im Oktober.